

GRÜNSPIEGEL

Informationen zur grünen Kommunalpolitik in Stadt und Kreis Ludwigsburg

informativ • parteilich • aktuell



DIE LUDWIGSBURGER DELEGATION MIT DER WIEDERGEWÄHLTEN BUNDESTAGSVORSITZENDEN CLAUDIA ROTH

Ingrid Hönlinger auf Platz 9 Kompetente und ausgewogene Landesliste

VON DIRK WERHAHN

Auf der Landesdelegiertenkonferenz wurde nicht nur gewählt, sondern auch die Resolution "Atomkraft. Nein Danke" beschlossen. Darin fordern wir GRÜNEN die Bundesregierung auf, schnellstmöglich eine transparente standortvergleichende Endlagersuche einzuleiten. Ziel muss sein, den Standort mit der höchstmöglichen Sicherheit zu finden. Wir erklären uns solidarisch mit den niedersächsischen AtomkraftgegnerInnen, die nicht nur direkt mit dem Problem des absaufenden Endlagers Asse II konfrontiert sind, sondern sich auch zu Recht gegen die Vorfestlegung auf Gorleben als deutsches Endlager für hochradioaktiven Müll wehren. Wir wenden uns strikt gegen jede Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke. Längere Laufzeiten bedeuten erhöhte Unfallgefahr, mehr Strahlmüll und weniger Investitionen in Erneuerbare Energien. Besonders unverantwortlich ist die Forderung der CDU, ausgerechnet Störfallrekordhalter wie die pannenanfälligen Altreaktoren Brunsbüttel, Biblis A und Neckarwestheim I länger laufen zu lassen.

Nun zu den Wahlen: Kerstin Andreae, Fritz Kuhn, Sylvia Kötting-Uhl, Gerhard Schick, Beate Müller-Gemmeke, Winne Hermann, Biggi Bender, Alex Bonde, Ingrid Hönlinger, Memet Kilic, Agnieszka Malczak, Harald Ebener treten auf den ersten zwölf Plätzen der Landesliste für die GRÜNEN in Baden-Württemberg an. Eine Landesliste mit erfahrenen Bundestagsabgeordneten und neuen Gesichtern. Die Liste bündelt viele grüne Kompetenzen zu Grüne Marktwirtschaft, Umweltpolitik, Klimaschutz, Friedenspolitik, Finanz- und Haushaltspolitik, Sozialpolitik, Verkehrspolitik, Gesundheitspolitik, Bürgerrechte, Frauenrechte etc., so dass ein breiter und spannender Wahlkampf geführt werden kann. Als sicher gelten die ersten acht Listenplätze und diese sind politisch ausgewogen besetzt. So werden je vier der KandidatInnen der Linken und vier der Realo Strömung zugeschlagen.

Cem Özdemir, in der Zwischenzeit zum Bundesvorsitzenden gewählte, erhielt in zwei Wahlgängen (einmal gegen den Parteilinken Winne Herrmann und dann gegen den Realo Alex Bonde) nicht die Mehrheit für einen Listenplatz. Bei uns Delegierten aus dem Kreisverband Ludwigsburg herrschte dagegen große Freude. Ingrid Hönlinger hat am Sonntag Morgen mit einem emotionalen und engagierten Auftritt den neunten Listenplatz gegen Reala Uschi Eid erobert. Damit sie für uns in den

Bundestag einziehen kann, muss das Ergebnis im September 2009 besser ausfallen als bei der letzten Bundestagswahl 2005 (8,1%). Wenn am Sonntag Bundestagswahlen wären, dann würde es laut Umfragen (www.wahlrecht.de, Stand 01.12.2008) gelingen: Jetzt schon 11 % für die GRÜNEN.

DIE BILDERSERIE ZEIGT INGRID HÖNLINGER BEI DER BEKANNTGABE DES ABSTIMMUNGSERGEBNISSES.



BDK in Erfurt - „Mehr bewegen“ Der Aufwärtstrend der GRÜNEN setzt sich fort

VON ANDREAS ROLL

Der wohl spannendste Teil des Parteitags in Erfurt vom 14.-16.11.08 war die Wahl der Parteivorsitzenden am Samstag. Um es vorwegzunehmen: Cem Özdemir erreichte mit knapp 80% ein sehr gutes Ergebnis, Claudia mit ihren fast 83% ebenfalls.

Am Freitag jedoch stand zunächst eine bewegende Rede des ausscheidenden Parteivorsitzenden Reinhard Bütikofer auf der Tagesordnung, die unter die Haut ging. Der Mann hat bei den Grünen viel

bewegt. Das passt zum Motto des Parteitags: Mehr bewegen! Am Samstag folgten Beiträge zur Finanzmarktkrise – u.a. mit einer engagierten Rede Winfried Kretschmanns.

Dass auch eine BDK für Überraschungen gut sein kann, zeigte die Wahl des Parteirats. Völlig unerwartet wurde dabei Fritz Kuhn nicht in das siebenköpfige Gremium gewählt. Einen überragenden vierten Platz erreichte dabei Arvid Bell, der mit zwei Redebeiträgen einen nachhaltigen Eindruck hinterließ. Der Sonntag war von der

Wahl der beiden SpitzenkandidatInnen Renate Künast und Jürgen Trittin geprägt. Ein Wahlergebnis von 92% beamte die beiden in den Orbit des Wahlerfolgs. Passend flogen direkt danach grüne Bälle durch die Halle – das Dankeschön der beiden bestätigten SpitzenkandidatInnen.

Der KV Ludwigsburg fing mit sportlichem Einsatz zwei Exemplare. Wenn die Wählerstimmen in 2009 mit derselben Leidenschaft eingefangen werden, können wir uns auf ein erfolgreiches Wahljahr einstimmen.

Unsere Neuen im Kreisbüro

Seit 1. November ist das Kreisbüro neu besetzt

Nachdem Susanne Häußer-Essig eine neue Stelle angetreten hat, wurde eine Neubesetzung des Kreisbüros notwendig. Da zukünftig die Mitgliedsbeiträge zentral eingezogen werden, war die Schaffung einer Stelle als Finanzreferentin notwendig. Diese Aufgabe hat Andrea Kratel übernommen. Kreisgeschäftsführerin ist Silke Gericke.

Einige kennen SILKE GERICKE schon von ihren Besuchen an unseren Ständen. Mit ihrem Markenzeichen „roter Fahrradanhänger-kinderwagen“ in der einen Hand und eine Kinderkette von zwei kleinen Jungs in der anderen Hand kann man die dreifache Mutter oft durch Ludwigsburg spazieren sehen.

Die in Bayern aufgewachsene Redakteurin/Lektorin von Kindermedien ist 2001 nach einem Literatur- und Theaterwissenschaftsstudium in Bayreuth (1995–2000) nach Ludwigsburg gezogen, um in Stuttgart ihre Stelle in einem Verlag (2001–2004) anzutreten.

Schon in ihrer Jugend arbeitete sie ehrenamtlich in dem 3. Welt-Laden im Nachbarort. Während des

Studiums verdiente sie sich als „Hiwi“ für die Frauenbeauftragten ihrer Fakultät etwas dazu.

DIE ÖFFNUNGSZEITEN SIND:
MO (SILKE) 14.00 - 17.00 UHR
MI (ANDREA) 8.00 - 14.00 UHR,
FR (SILKE) 15.00 - 18.00 UHR



SILKE GERICKE

ANDREA KRATEL wohnt mit ihrem Mann und ihren Söhnen im schönen Horrheim. Ihre Berufsbezeichnung ist: Staatlich geprüfte Industriefachwirtin. Zu ihren Hobbys gehören: Sport, Bildung und Yoga. „Ich freue mich auf eine gute und effiziente Zusammenarbeit“.



ANDREA KRATEL

„Besser Radfahren in Ludwigsburg“

Die Raddemonstration mit über 300 TeilnehmerInnen war ein voller Erfolg

VON ROSWITHA MATSCHINER

Die Demonstration für „Besser Radfahren in Ludwigsburg“, die am 11. Oktober stattfand, war ein voller Erfolg. Weit über 300 TeilnehmerInnen machten mit Tröten, Pfeifen und Klingeln deutlich, was sie von der Ludwigsburger Verkehrspolitik halten. Durch die einseitige, am Auto orientierte Verkehrspolitik, bleiben die angekündigten Verbesserungen für das Fahrradfahren in Ludwigsburg seit Jahren auf der Strecke. Selbst die begleitende Polizei war beeindruckt.

OB Spec will sich zusammen mit seinen Verkehrsplanern mit VertreterInnen der Initiative treffen, um das weitere Vorgehen zu be-

sprechen. Auch weil die Mehrheit im Gemeinderat noch unbeeindruckt ist, geht der Protest der Radinitiative weiter. Die Fahrradinitiative will dranbleiben und mit Gesprächen mit den Verantwortlichen für Verbesserungen werben. Weitere Aktionen sind geplant. Im Rahmen der Kommunalwahl im nächsten Jahr will die Radinitiative Kandidatinnen und Kandidaten aller Fraktionen zu ihren verkehrspolitischen Programmen befragen.

Interessierte können sich in vier Interessensgruppen einbringen

Stadt/Gemeinderat. Hier werden Gespräche Verwaltung und Fraktionen vorbereitet und geführt

Öffentlichkeitsarbeit. Aufgaben sind die Zusammenarbeit mit der Presse, Ausbau und Pflege des Netzwerkes, PartnerInnen gewinnen (Schulen, Einzelhandel, Firmen, POZ) sowie Pflege des Verteilers.

Maßnahmenkatalog. Hier werden Vorschläge für notwendige Maßnahmen und Mängelbeseitigung gesammelt, abgeglichen und eine Prioritätenliste erstellt

Aktionen. Kreative Köpfe planen Veranstaltungen, Info-Stände und Aktionen für das erste Halbjahr 2009.

Aktuelle Infos gibt es hier: ludwigsburg.vcd-bw.de
Kontakt Roswitha Matschiner: matschiner.lb@t-online.de



300 DEMO-TEILNEHMERINNEN VERSAMMELN SICH AUF DEM LUDWIGSBURGER MARKTPLATZ

Von Afghanistan bis Zitate

Mörike-SchülerInnen laden Jungparteien ein

VON JULIA SCHWEIZER

„Wer geht im kommenden Jahr zur Wahl?“ Alle Hände gehen in die Höhe.

Nein, wir sind nicht etwa in einem der berühmt-berüchtigten Staaten, deren Machthaber sich bei Wahlen einen nahezu 100-prozentigen Rückhalt in der Bevölkerung sichern. Wir sind in der Aula des Mörike-Gymnasiums und die Hände gehören Zwölfklässlern, die VertreterInnen der vier Jungparteien Junge Union, Jusos, JuLiS und der Grünen Jugend eingeladen haben.

Das Programm ist straff organisiert, in anderthalb Stunden geht es um Afghanistan, um die Chancen junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt, um Studiengebühren, die Finanzkrise und Zitate politikverdrossener Menschen, zu denen wir „Jungpolitiker“, wie wir fortlaufend genannt werden, Stellung nehmen müssen. Viele interessante Themen, für die leider nur im Einzelnen sehr wenig Zeit bleibt, um sich auch mal untereinander auf dem Podium einen Schlagabtausch zu liefern. Denn Angriffspunkte gibt es genug, deutlich wurde an jenem Nachmittag die „Front“, die v.a. zwischen dem Konservativen

Steffen Kirsch und dem temporären rot-grünen Bündnis verlief. Der eine ist pro Studiengebühren und gibt beim Stichwort Politikverdrossenheit Seitenhiebe auf die Stuttgart21-Gegner, die das befördern würden, die anderen argumentieren mit der sozialen Gerechtigkeit und loben den Widerstand.

Deutlich wurde auch, dass sich viele Jugendlichen durchaus für Politik interessieren, ihnen die Sorge um einen späteren Arbeitsplatz, der sie glücklich macht und ernähren kann, derzeit aber näher steht. Denn gerade beim Punkt Arbeitsmarkt beteiligten sich die Schüler stärker mit Fragen als bei den vorangegangenen Aspekten der derzeitigen Politik. Und, für uns alle überraschend, die meisten wünschen sich, dass Politiker auch in den Schulen selbst mehr auf sie zugehen, mehr Werbung für ihre Ziele machen. Dass das von Seiten der Schulleiter nicht gern gesehen und verboten wird, war vielen aber nicht bekannt. Immerhin: Die Podiumsdiskussion soll keine Eintagsfliege bleiben. Im kommenden Jahr soll es wieder eine geben. Dann aber nur zu einem Thema und mit mehr Zeit. Die Zustimmung unter den Schülern dazu: 100 Prozent.

Kommunalwahlkampf 2009

Die Ludwigsburger Grünen haben ihre Vorschläge für die Gemeinderatswahl aufgestellt. Auf ihren Listen findet sich eine breit gefächerte Mischung von Berufen und Altersgruppen. Für ein grünes Ludwigsburg engagieren sich: Barbara Schüßler, Markus Gericke, Elfriede Steinwand, Siegfried Rapp, Anita Klett-Heuchert, Dr. Michael Vierling, Edith Haberzeth-Grau, Christian Kopp, Serpil Mahjoub, Armin Haller, Sonja Nägele, Uli Bauer, Kathrin Voigt, Philipp Hrusch, Beate Roth, Eric Welte, Susanne Leidenroth, Dr. Uwe Scheuritzel, Brigitte Brocke, Stefan Köhler, Dorothee Richter, Dirk Werhahn, Sonja Wahl, Markus Schimek, Andrea Stockmayer-Mohn, Werner Fleiß, Silke Gericke, Michael Kunzi, Ilka Stein, Josef Matschiner, Barbara Maier, Klaus Hoffmann, Patricia Schimek, Bernhard Stolzenburg, Uta Hermenau, Dr. Helmut Mohn, Diana Alf, Carsten Leidenroth, Helma Blache, Robert Goldbach.



Überreichung von 500 Euro für die Fahrraddemonstration an Andreas Stier, Vorsitzende des Kreisverbandes des Verkehrsclub Deutschland (VCD).

Stolpersteine in Ludwigsburg erinnern an NS-Unrecht gegenüber JüdInnen



STOLPERSTEIN ZUM GEDENKEN

VON ANITA KLETT-HEUCHERT

Der Kölner Künstler Gunter Demnig hat inzwischen rund 12.500 kleine Gedenksteine in über 275 Orten verlegt:

Groß wie ein Pflasterstein, kurze biografische Daten eines Menschen, der von den Nazis umgebracht wurde, eingraviert in eine Messingplatte, das Ganze eingelassen in den Boden vor dem letzten Zuhause der betreffenden

Frau oder des betreffenden Mannes. So entsteht ein Netzwerk des Erinnerns dort, wo NS-Verbrechen ihren Ausgangspunkt nahmen – direkt vor unseren Haustüren.

Auch in Ludwigsburg wohnten viele Menschen, die Opfer der Nazis wurden. Seit dem 27.9.08 gibt es in Ludwigsburg „Stolpersteine“ die zum Gedenken aufordern. Bisher acht im Gehweg eingelassene Steine sollen an

Menschen der Stadt erinnern, die von den Nationalsozialisten ermordet wurden. Es ist der Ludwigsburger Stolperstein-Initiative zu verdanken, dass dieser Prozess in Gang gekommen ist. Die GRÜ-NEN-Fraktion im Gemeinderat begrüßt dies ausdrücklich, was sie auch durch eine Spende zum Ausdruck gebracht hat.

hoppla@stolpersteine-ludwigsburg.de.

Notiert: *Bemerkenswert ist allerdings auch, dass die Umbenennung der Karl-Peters-Straße gescheitert ist. CDU, SPD und FWV konnten unter fadenscheinigen Argumenten unserem Antrag nicht folgen. Bedenklich!* In Bietigheim-Bissingen hat der Gemeinderat der Umbenennung der dortigen Karl-Peters-Straße einstimmig zugestimmt. Es geht also doch!

„Zukunft findet Stadt!“ oder „Tankst du noch oder radelst du schon?“

Kommunale Verkehrspolitik muss keine trockene Materie sein. Seminarbericht zu Klima – Kommune – Verkehr.

VON ROSWITHA MATSCHINER

Das hat die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) am Wochenende vom 14. – 16. November bewiesen. Das Seminar zum Thema „Klima – Kommune – Verkehr“ fand in Kooperation mit dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) und dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) im Haus auf der Alb in Bad Urach statt.

Nicht nur die herrliche Lage, das schöne Herbstwetter und die gute Verpflegung (mit Lebensmitteln aus der Region) trugen dazu bei, dass das Wochenende die pure Erholung gegenüber den oft quälend langen Ausschusssitzungen war, wo man sich von der Auto-

fahrerlobby viele dumme Sprüche anhören muss. Über das Ziel, dass der Anteil der RadlerInnen am Verkehr schon aus Klimaschutzgründen deutlich erhöht werden muss, war man sich ohnehin einig. Die alles beherrschende Frage war: „Wie bekommen wir die Leute zum Umsteigen?“

Ist „shared space“ der richtige Ansatz, oder brauchen wir konsequent durchgängige Angebote für die RadlerInnen wie z.B. in Münster, wo sich bei der Wahl des Verkehrsmittels mehr BürgerInnen für das Fahrrad als für das Auto entscheiden. Da gibt es – wie so oft – keine einfache Antwort. Die Diskussionen drehen sich im Kreis, Lösungen müssen individuell vor Ort ent-

schieden werden. Klar ist, dass die Rahmenbedingungen nur mit Unterstützung der Politik verbessert werden können. Eine „Velourution“ (von Revolution) wie in Paris ist in Ludwigsburg (noch) nicht vorstellbar.

Neu bei den Vorträgen und in der Diskussion war der lustbetonte Ansatz. „Lust zum Umsteigen?“ fragte Jens Schade, Prof. für Verkehrspsychologie an der Universität in Dresden, für den eingeschlossene Gewohnheiten das größte Problem darstellten. Radfahren brauche einen neuen Kick. Mit flotten Sprüchen „Tankst du noch oder radelst du schon?“ oder „Ich fahr gern Rad, weil meine Frau weiß wo's lang geht“ (Plakat: Mann auf dem Tandem

hinter seiner Frau) könne Fahrradfahren wieder trendy werden. Heiner Monheim, Professor an der Universität in Trier, hat mit seinen Studierenden das Projekt „Radlust – mehr Freude am Fahren“ entwickelt.

Ziel der Kampagne ist, den Fahrradverkehr zu verdoppeln, indem die Begeisterung auf's Radfahren geweckt wird. Die Werbung vermittelt: Radfahren schärft die Sinne, weckt Begeisterung und Lebensfreude. Es schafft Individualität und Unabhängigkeit und verkörpert lebenslange Entdeckungsfreude und hohen Bewegungsdrang. Radfahren bedeutet generationenübergreifende Verantwortlichkeit für Umwelt, Klima und schonenden Um-

gang mit begrenzten Ressourcen und ist der Ausbruch aus der autofixierten Routine.

Dabei konzentriert sich die Kampagne auf das „Stadtradeln“. Im Zentrum steht das Radeln im Alltag: Mit Sprüchen wie „Die Stadt gehört dir“, „Radlust beflügelt“, „steigen Sie um, steigen Sie auf!“, „Profil zeigen“, „So beginnt Unabhängigkeit“ soll die Renaissance des Radverkehrs eingeleitet werden. Kommunen können die Wanderausstellung kostenlos beziehen. Die Projektgruppe erstellt für Kommunen auch individuelle Imagekampagnen. Wie wär's mit „Radburg Ludwigslust?“

Mehr unter www.radlust.info.

Was ist denn daran Öko?

Kleines Nachwort zur Ökomesse'08 in Erdmannhausen am 3. Oktober 2008

VON BARBARA BADER

Und wieder einmal gab's Öko pur am 3. Oktober in der Halle auf der Schray in Erdmannhausen. Fast 60 AusstellerInnen der Ökomesse'08 boten Ökologisches, Biologisches, Naturnahes: Naturseifen, Öko-Hotel, Baubiologische Beratung, Naturkost, Taschen mit integriertem Solarmodul, Ökolo-

gische Investmentfonds. Doch ist der Name der Ökomesse mehr Verheißung? Diese Frage wischte Bürgermeister Schweigert bei seiner Begrüßungsrede gleich mal vom Tisch. „Heute und hier ist alles ökologisch. Gehen Sie und überzeugen Sie sich selbst.“ Und das taten dann auch die fast 3000 BesucherInnen der Ökomesse'08. „Ob etwas Öko ist, das fühlt man

doch, das riecht man, das schmeckt man“, sagt eine Besucherin.

Wie ist das mit der Bambusfaser in der Sockenwolle? Ist die ökologisch? Wo sie doch aus Indien kommt und ihre Reise hierher in die Sockenwolle einen viel zu hohen CO2 Ausstoß verursacht. Alle AusstellerInnen der Ökomesse fühlen sich dem Grundsatz zu umweltschonendem Handeln verpflichtet. Den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sehen sie als eine der dringlichsten Aufgaben unserer Zeit. Genau dieses Bewusstsein findet man in ihren Angeboten wieder. Ob das nun Öko ist? Oder gar grün? Grün war alles an der Ökomesse. Der Müll, den die BesucherInnen und die AusstellerInnen hinterlassen haben, der war ökologisch gering. Der war eigentlich gar nicht vorhanden. Ein kleiner Eimer voll mit Restmüll. Das war alles. Wenn das nicht ökologisch ist!



ANDREAS ROLL, FRANZ UNTERSTELLER UND BARBARA BADER

EinBlick in den Landtag

Bündnis Mensch und Umwelt zu Besuch bei Franz Untersteller

In die Arbeit des Landtags von Baden-Württemberg wollte das Bündnis Mensch und Umwelt – BMU – einen Einblick nehmen und folgte daher einer Einladung des Abgeordneten Franz Untersteller. Ein nüchterner und – für den Sitz des Landesparlaments – wenig repräsentativer Zweckbau, so kannten die Besuchsteilnehmer das Landtagsgebäude schon immer. Doch was verbirgt sich hinter der Glas- und Stahlfassade? Hier auf eine Antwort zu geben, dafür gibt es die Einrichtung des Besucherdienstes des Landtags. Die Mitarbeiter dieses Dienstes empfangen das BMU und gaben zunächst eine Einführung in die Aufgaben und Arbeitsweisen der Abgeordneten des Südweststaates und erläuterten insbesondere das Gesetzgebungsverfahren. Sodann folgte eine Lektion in „Demokratie live“ in Form der – allerdings passiven – Teilnahme an einer Plenarsitzung.

Verabschiedet wurden nach sehr informationsreichen Diskussionen die Gesetzesänderungen zum Test der Schulfähigkeit. Anschließend stand Franz Untersteller (MdL),

der Mitglied des Wirtschafts- sowie des Umweltausschusses ist, für eine Diskussion zur Verfügung, bei der sich als Schwerpunkte die Finanzkrise, die Verhandlungen um den Kauf von Schloss Salem und die Energiepolitik herauskristalisieren sollten. Insbesondere der Bildung der

derzeit allerdings nur aus 0,7 Stellen bestehe, bezeichnete ein Diskussionssteilnehmer als Farce. Ein wenig tröstlich wirkte die Ankündigung Unterstellers, dass aufgrund des Drucks von Verbraucherschutz- und Umweltverbänden diese Behörde nunmehr auf zwei Stellen aufgestockt werden



BÜNDNIS MENSCH UND UMWELT MIT FRANZ UNTERSTELLER IM LANDTAG

Gaspreise herrschte Unverständnis. Dass es eine Landesenergiekartellbehörde gibt, die über die Energiepreise wacht, war den meisten Besuchern nicht bekannt; dass deren personelle Ausstattung

solle. Der Abschluss des Besuchs fand bei einem Abendessen im Landtagsrestaurant statt, bei welchem Franz Untersteller in zwangloser Runde weitere Fragen beantwortete.

Straßenfest gegen Umfahrung

VON SUSANNE SCHWARZ-ZEEB

Gemeinsam mit BUND und NABU sammelte der Ortsverein von Vai-

hingen und Umgebung Unterschriften auf dem Straßenfest in Vaihingen gegen die geplante Umfahrung von Enzweihingen

(Der Grünspegel hat darüber schon berichtet.). Diese soll anstatt eines Tunnels gebaut werden.

Um die Straße zu verhindern, bzw. um Alternativen aufzuzeigen, hat sich überparteilich eine Schutzgemeinschaft zur Erhaltung des Enztales gegründet. Für die Kinder und jung gebliebenen Erwachsene gab es ein naturkundliches Ratespiel, bei dem Pflanzen, Steine, Gehölze etc bestimmt werden sollten.

Weitere Infos gibt es bei der Schutzgemeinschaft direkt: schutz.enztales@gmx.de

oder bei Susanne Schwarz-Zeeb: familie.schwarz-zeeb@onlinehome.de



UNTERSCHRIFTENSAMMELAKTION IN VAIHINGEN GEGEN UMGEHUNGSSTRASSE

Stadtwerke Remseck Strom- und Gaslieferanten?

VON KARL BURGMAIER

Die Konzessionsverträge für Gas- und Stromleitungen mit der EnBW und SÜWAG laufen Ende 2012 aus. Wir halten in Remseck eine Diskussion für notwendig, ob diese Konzessionen weiter an EnBW und SÜWAG vergeben werden sollen. Um nicht in Zeitdruck zu kommen, sollte diese Diskussion bald beginnen. Konzessionsverträge zwischen Energieversorgungsunternehmen und der Stadt werden in der Regel auf 20 Jahre abgeschlossen.

Die gegenwärtige Regelung in Remseck ist, dass EnBW und SÜWAG das ausschließliche Recht der Versorgung der Verbraucher haben, also nur sie Leitungen bauen bzw. unterhalten dürfen, um Strom oder Gas zu liefern. Im Gegenzug für die Gewährung der Leitungsrechte erhält die Stadt Konzessionsabgaben. Wir halten eine Diskussion für sinnvoll, ob die Leitungsnetze für Strom und Gas von den Remsecker Stadtwerken betrieben werden können und so die Stadt die Gewinne der Energiekonzerne selber einstreicht und den Bürgern günstigere Tarife als die der großen Energiekonzerne bietet. Darüber hinaus könnten wir eigene Akzente in der kommunalen Energiepolitik setzen, z.B. mehr erneuerbare Energien für unsere Stromversorgung einsetzen.

Falls die Stadtwerke Remseck kein eigenes Netz betreiben wollen, ist eine Konzessionsvergabe auch an andere Unternehmen als EnBW oder SÜWAG möglich, z.B. an andere Stadtwerke. Für diesen Fall sollten wir den Wettbewerb nutzen und die Konzessionen ausschreiben! So haben z.B. Dettenhausen, Waldenbuch, Unterjesingen und Ammerbuch beschlossen, die Stromverteilung durch die Stadtwerke Tübingen und nicht mehr die EnBW betreiben zu lassen. Die Stadtwerke Schwäbisch-

Hall, ein bundesweiter Anbieter für Strom aus hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, betreiben auch außerhalb ihres Stadtgebiets Stromnetze, z.B. im bayrischen Ottobrunn.

Bei den Stadtwerken Tübingen und Schwäbisch Hall spielt die dezentrale und auf erneuerbaren Energiequellen beruhende Energieversorgung eine größere Rolle als bei den großen Energieversorgern, die immer noch stark auf zentrale Versorgung und Atomkraft setzen. Wir würden uns gern den Energiemix nicht mehr von den großen Energieversorgungsunternehmen vorschreiben lassen, sondern die Chance für eigene Konzepte zur Erzeugung und Lieferung von Wärme und Strom realisieren. Das würde allerdings auch bedeuten, dass unsere lokale Verantwortung für rentable Investitionen und Versorgungssicherheit wachsen würde.

Konzessionsverträge gehören zu den wichtigsten Einflussmöglichkeiten einer Stadt, die eigene Energieversorgung zu steuern.

Die Möglichkeit der Übernahme des Netzes nach Auslaufen des Konzessionsvertrags würde die Handlungsmacht auf die kommunale Ebene holen. Damit stiegen auch die Aussichten, eine nachhaltige Energieversorgung mit dezentral produzierter Energie und erneuerbaren Energiequellen zu fördern. In Zukunft dürften die Preise für erneuerbare Energien im Vergleich zu konventionellen Energieträgern immer günstiger werden. Ein weiterer Grund auf diejenigen zu bauen, die Strom aus erneuerbaren Energiequellen und nicht aus Atomkraftwerken liefern. Wir sollten diskutieren und nicht einfach die Konzessionsverträge mit EnBW und SÜWAG verlängern. Denn es geht um die nächsten 20 Jahre kommunaler Energiepolitik!

Initiative gentechnikfreie Landwirtschaft

VON KARL BURGMAIER

Die grüne Gemeinderatsfraktion hat bei der Stadtverwaltung Remseck beantragt, bei der Neuverpachtung von städtischen landwirtschaftlichen Flächen und der Verlängerung von Pachtverträgen die Pächter vertraglich zu verpflichten, auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verzichten.

Wir wissen wenig über die Risiken der Gentechnik in der Landwirtschaft. Klar ist aber, dass sich beim Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen deren Erbgut auch auf nicht gentechnisch veränderte Pflanzen derselben Art oder artverwandte Wildpflanzen übertragen kann. Diese Gene sind dann nicht mehr rückholbar.

Wir brauchen keine Gentechnik-Landwirtschaft. Gentechnisch verändertes Saatgut brächte weder Bauern noch Verbrauchern Vorteile. Die Bauern werden nur abhängig von wenigen global tätigen Saatgutherstellern. Die Verbraucher hätten keine wirkliche Wahl mehr bei Nahrungsmitteln,

da eine Koexistenz zwischen gentechnikfreier und Gentechnik-Landwirtschaft bei unserer kleinräumig strukturierten Landwirtschaft nicht möglich ist.

Es gibt in Deutschland und Europa zahlreiche Städte und Regionen, die sich zur gentechnikfreien Zone erklärt haben im Sinne eines vorbeugenden Verbraucher- und Umweltschutzes. Wir würden Remseck auch gerne in diesem Kreis sehen. Gentechnikfreies Remseck, das wäre doch was! Ein erster Schritt in diese Richtung sind städtische Pachtverträge, die den Verzicht auf die Verwendung von gentechnisch manipuliertem Saatgut festschreiben.

Der Bauernverband im Landkreis Ludwigsburg rät seinen Mitgliedern auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zu verzichten.

Als bisher einzige Gemeinde im Landkreis hat Möglingen in ihren Pachtverträgen das Verbot des Anbaus gentechnisch manipulierten Saatguts festgeschrieben. Dem Möglinger Beispiel möchten wir gerne folgen.

VVS-Tickets: Die ganze Region für einen Euro

Regionalfraktion fordert radikale Vereinfachung des VVS-Tarifs

VON JOSEF MATSCHINER

Die Szene ist bekannt: ein potenzieller ÖPNV-Nutzer steht vor dem VVS-Fahrscheinautomat und fängt an zu lesen. Wie bediene ich den Automaten? Wie ist die Nummer meines Fahrzieles? Ist es günstiger eine Mehrfahrentkarte zu lösen? Oder gleich die Tageskarte? Die Eintrittsbarrieren zum ÖPNV in der Region sind hoch. Gerade diejenigen, die prinzipiell bereit wären mit Bus und Bahn ihre täglichen Wege zurückzulegen, werden durch das unübersichtliche Tarifsysteem des VVS abgeschreckt. 46 Tarifzonen und mehr als 70 Preisstufen: das Infoheft des VVS umfasst 27 Seiten. Transparenz und Kundenfreundlichkeit sehen anders aus. Wenn dann auch noch das Ticket vom Wendlinger Bahnhof zum Stuttgarter Schlossplatz mit 5,30 EUR einfache Fahrt zu Buche schlägt, bleibt es beim potenziellen Fahrgast. Diesen Fahrgast zu einem realen zu machen ist unser Anliegen.

Die Regionalfraktion hat Eckpunkte für ein Regionalwahlprogramm im Bereich Verkehr formuliert. Darunter fallen: als oberstes Ziel im Verkehrsbereich die Erhöhung des Modal Split zu Gunsten des ÖPNV; eine gerechte Kostenteilung im ÖPNV zwischen Nutzern und öffentlicher Hand von 50:50 und damit eine Absenkung des Kostendeckungsgrads von jetzt 58% um 8 Prozentpunkte; eine radikale Tarifstrukturreform im VVS; mehr Transparenz bei der Verkehrsfinanzierung in der Region; Bündelung der ÖPNV-Kompetenzen in der Region beim Verband Region Stuttgart (VRS).

Einer dieser Punkte, die radikale Tarifstrukturreform im VVS, beinhaltet die Einführung eines Tickets für die gesamte Region: das 1-Euro-Ticket. Was bedeutet das 1-Euro-Ticket? Es bedeutet die Abschaffung aller bisherigen Fahrscheine und Tarifzonen. Die Region ist die einzige Tarifzone und für jede Fahrt innerhalb der Regi-

on wird es nur einen Preis geben, nämlich 1 Euro! Wir wollen weiterhin Mehrfahrentkarten und Jahreskarten haben. Bei den Mehrfahrentkarten sollen neben den bisherigen 4-Fahrtickets auch eine 10-Fahrticket angeboten werden, allerdings nicht rabattiert, sondern für je 4 bzw. 10 Euro. Bei den Jahreskarten orientieren wir uns im Preis am VVS-Durchschnittsfahrgast, d.h. der Jahresbetrag würde zwischen 650 und 700 Euro liegen. Damit wäre dieses neue Jahresticket im Preisbereich des heutigen 2-Zonentickets. Das bedeutet: alle die mehr als zwei Zonen im VVS zurücklegen profitieren unmittelbar durch den Preis. Fahrgäste mit nicht mehr als zwei Zonen profitieren vom erweiterten Geltungsbereich des Tickets. Ist das finanzierbar? Ja, das ist es. Mit dem heutigen Kostendeckungsgrad des VVS von 58% würde ein solches Ticket 1,11 Euro kosten. Das heißt, schon heute wäre eine deutliche Vereinfachung und Tari-

fabsenkung möglich, ohne Einnahmeausfälle. Ein 1-Euro-Ticket wäre konform mit unserer Zielsetzung einer gerechten Aufteilung der Verkehrsfinanzierung auf öffentliche Hand und Nutzer und würde den Kostendeckungsgrad im VVS auf ca. 52% senken. Wie steht es um die technische Machbarkeit? Wir denken, dass die Umstellung ohne großen Aufwand mit den bestehenden Fahrscheinautomaten durchgeführt werden kann. In Zukunft benötigt man nur eine Taste für den Einzelfahrschein und zwei weitere für die Mehrfahrentkarten. Mit diesem Beitrag soll die Diskussion in den grünen Kreisverbänden der Region angeregt werden. Die Regionalfraktion kommt gerne auf Kreismitgliederversammlungen und stellt das Konzept vor. Wichtig ist uns eine intensive Debatte um das zukünftige Tarifsysteem im VVS, mit dem Ziel endlich ein deutliches Umschwenken auf öffentliche Verkehre in der Region zu erreichen.

Termine

12. Januar 2009, 19.30 Uhr, Ortsverbandstreffen, Diskussion Entwurf Kommunalwahlprogramm, Gaststätte Schießtal, Neckargröningen.

15. Januar 2009, 19.30 Uhr Was bringt mir Europa? - Nur die Krümmung der Gurke? mit Heide Rühle (MdEP), Rathaus Gerlingen, Rathausplatz 1.

23. - 25. Januar 2009 BDK Dortmund. Europawahlprogramm und Aufstellung der Liste zur Europawahl.

28. Januar 2009, 19 Uhr Treffen der Ortsvorstände zur Gestaltung der Wahlkampfmaterialien und der Internetseiten, Ludwigsburg KV-Büro im Umland.

2. Februar 2009, 19.30 Uhr Neujahrsempfang mit der Bundesvorsitzenden Claudia Roth. Die Brenz-Band eröffnet mit Musik. Ludwigsburg, Staatsarchiv.

10. Februar 2009, 19.30 Uhr Diskussion Thema „Gentechnik“. Auf dem Podium sitzen Eberhard Zucker (Kreisbauernverband), Dr. Beate Arman (Landfrauen), Jochen Fritz (Bündnis Gentechnikfreies Hohenlohe). Widdumhof Munchingen (Foyer),

11. März 2009 KVM in Ludwigsburg

Termine und Beiträge an gruenspiegel@gmx.de Redaktionsschluss 2. Februar 2009

Impressum Grünspiegel

Zeitschrift des Kreis- und Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwigsburg

Der GRÜNSPIEGEL ist kostenlos erhältlich. Der Versand kostet für Nichtmitglieder im Jahr 18 Euro im Kreis, 26 Euro bundesweit. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber/Anschrift der Redaktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Ludwigsburg, Ortsverband Ludwigsburg Im Umland, Umlandstraße 21 71638 Ludwigsburg Tel: 07141-927926 Fax 07141-905194 kv.ludwigsburg@gruene.de www.gruene-ludwigsburg.de KV Ludwigsburg KontoNr: 507 949 005, BLZ 604 901 50, Volksbank Ludwigsburg

Redaktion (ViSdP), Layout und Gestaltung, Anzeigenkoordination Uta Hermenau, Julia Schweizer, Max Bleif, Dirk Werhahn gruenspiegel@gmx.de

Druck: Druckerei Ratz, Schönaich

Ausgabe: Dezember 2008 Auflage: 400

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Kreis- oder Ortsverbandes wieder. Für den Inhalt der gekennzeichneten Artikel sind die AutorInnen verantwortlich. Beiträge - kurz und knackig - sind herzlich willkommen. Die Redaktion behält sich weitere Kürzungen vor.

Soziale Themen im Blick

Aktualisierung des Sozialstrukturberichtes

VON ILSE MAJER-WEHLING

Das so oft zitierte Modell „Region“ wird nicht nur über Wirtschaftsdaten definiert. Soziale Phänomene machen nicht Halt vor Gemeinde- und Landkreiszugrenzen. Wir können es uns deshalb nicht leisten, soziale Themen in der Region auszublenden.

Mit einem Antrag haben wir vor einem Jahr die Überarbeitung des 1. Sozialstrukturberichtes von 2003 gefordert. Seit seinem Erscheinen vor fünf Jahren haben sich teilweise erhebliche Veränderungen ergeben.

Der Bericht für die Region Stuttgart hat seinerzeit Eckdaten zur Sozialentwicklung - Demografie, Arbeitslosenzahlen, hilfsbedürftigen Menschen usw. - ermittelt und dargestellt.

Er hat gezeigt, dass die Landkreise die sozialen Probleme nicht alleine in den Griff bekommen und hat vor allem das Fehlen einer gemeinsamen standardisierten Datengrundlage von Kreisen und Landeshauptstadt kritisiert. Die

fehlt noch bis heute. Aber ohne eine gemeinsame, standardisierte Sozialberichterstattung innerhalb der Region kann es zu keiner verwertbaren Aussage kommen. Diese ist auch für die Regionalplanfortschreibung von Bedeutung.

Der Verband hat aufgrund unseres Antrags die für eine Neuauflage erforderliche Kooperationsbereitschaft von Landkreisen, LHS und kirchlichen Trägern abgefragt und das Ergebnis in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses (WIV) mitgeteilt. Leider verweigern die Landräte und der Stuttgarter Oberbürgermeister die Zusammenarbeit. Das wurde auch von den anderen Fraktionen im WIV bedauert.

Durch die Vielzahl an Verflechtungen zwischen regionalplanerischen, verkehrsplanerischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragestellungen ist es für den Verband nötig, auch die soziale Lage in der Region näher zu beleuchten. Wir werden deshalb in dieser Sache nicht locker lassen.

VON CHRISTIAN GÄRTNER

Erneuerbare Energien in den USA - klingt seltsam. Ist es aber nicht. Erneuerbare Energien sind Thema vieler Forschungsgruppen in den USA. Die finanzielle Förderung von Staat und Industrie dafür ist enorm!

Während meines Studiums in den USA bin ich Mitglied eines weltweit führenden und geachteten Teams geworden. Mein Professor, meine Kollegen und ich haben es geschafft, Zucker in Benzin umzuwandeln.

Grundlage hierfür ist ein an meiner Universität neu entwickelter Katalysator, der Platin und ein weiteres seltenes Metall als Grundlage hat. Wird Glucose in wässriger Lösung über diesem Katalysator reagiert, entsteht ein zweiphasiges Gemisch. Die organische Phase beinhaltet ein Gemisch mehrerer Kohlenwasserstoffe, sogenannte functional intermediates (funktionelle Zwischenprodukte). Dieses Gemisch kann leicht transportiert werden,

da es Inhaltsstoffe wie Alkohole, Säuren, Ketone und Heterozyklen beinhaltet. Diese Zwischenprodukte können mit Hilfe weiterer Katalysatoren in Benzin, Diesel oder gar Kerosin weiterverarbeitet werden. An einer dieser Weiterreaktionen arbeite ich momentan. Das Gute an der Sache ist - fast alle Energie des Traubenzuckers bleibt erhalten!

„Das ist der selbe Treibstoff den wir momentan benutzen, nur von einer anderen Quelle“, sagt James Dumesic, mein Professor. „Es ist nicht etwas, das wie Benzin verbrennt - es ist es.“

James Dumesic gilt als international anerkannter Experte auf dem Gebiet der katalytischen Umsetzung von Biomasse. Unter seiner Führung haben meine Kollegen und ich vor kurzem einen Artikel in der weltweit renommierten Zeitschrift Science veröffentlicht, der diesen Prozess beschreibt. Wer sich für genauere Details interessiert, kann diese in der Ausgabe von Science vom 18. Oktober 2008 nachlesen.

Regionalkonferenz in Rottweil zum Thema „Soziales“

Gestaltung der Sozialpolitik in den Landkreisen

VON CLAUD LANGBEIN

Am 8. Juni fand in Rottweil die Regionalkonferenz der Landesgrünen statt. Thema war dabei die Sozialpolitik in den Landkreisen. Zu dieser Konferenz fanden sich leider nur eine Handvoll Personen ein, was wohl daran lag, dass der Rest sich in Gorleben befand. Die Informationen, die dort gegeben wurden, waren sehr aufschlussreich. Zum Thema Eingliederungshilfe referierte zunächst Bernd Hamann, der Sozialdezernent im Kreis Rottweil. Er führte aus, in seinem Dezernat seien die Bereiche Behinderung, Jugend und das Arbeitslosengeld 2 zusammengefasst. Dies ermögliche mehr Flexibilität. Es gebe nun einen Ansprechpartner für alle Probleme, die ja in vielen Familien gehäuft auftreten. Auf dem Ge-

biet der Eingliederungshilfe sei ein Behindertenplan erstellt worden, an dem alle gesellschaftlich relevanten Gruppen beteiligt gewesen seien. Daraus sei auch ein Behindertenbeirat unter Einbeziehung der Kreistagsfraktionen hervorgegangen. Das gibt es im Kreis Ludwigsburg noch nicht, was für uns sicherlich überdenkenswert wäre. Im Anschluss daran referierte Friedemann Salzer, Grünen-Kreisrat in Rottweil und Mitarbeiter im Bruderhaus Diakonie. Er ging u.a. auf die Auflösung des Landeswohlfahrtsverbandes ein. Derzeit übernehmen 44 Kreise diese Aufgabe, was immer wieder zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen Arbeitseinrichtung und Wohnort der Betroffenen führe. Der zweite Teil der Konferenz befasste sich mit dem Zustand der Arbeitsgemeinschaften (ARGE)

zwischen Landratsämtern und Arbeitsagenturen. Hier referierte Bruno Stehle, der Leiter der Arbeitsagentur Rottweil. In seinem Bereich gebe es eine getrennte Aufgabenwahrnehmung von Arbeitsagentur und Landratsamt, also keine ARGE. Stehle sagte, um die Hilfebedürftigkeit kümmert sich das Kreissozialamt, um die

Arbeitsvermittlung die Arbeitsagentur. Der nach seinen Ausführungen allgemeinen Ratlosigkeit begegnete Stehle mit den Worten, die Organisationsform der Betreuung sei nicht so wichtig, entscheidend sei vielmehr die Arbeitsmarktsituation. Dem war dann auch nichts mehr hinzuzufügen.

ANZEIGE

Gemeinsam planen – gemeinsam bauen – gemeinsam wohnen!

Hartenecker Höhe, Ludwigsburg
Baugruppe Baumhaus
noch 3 Wohnungen (von 96 bis 126 qm) frei

familienfreundlich – barrierefrei –
ökologisch – verkehrsfrei – im Grünen

Kontakt: www.baugruppe-baumhaus.de,
baumhaus-ludwigsburg@t-online.de, Tel. 07141/84848